

**NIEDERSCHRIFT**  
**ÜBER DIE 13. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES**  
**IN DER 10. WAHLPERIODE AM 20.03.2017**  
**IN BAD EMS**

---

**Es sind anwesend:**

**A. Vorsitzender:**

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

**B. Kreisbeigeordnete:**

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern  
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen  
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

**C. Mitglieder des Kreistages:**

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen  
Frau Monika Becker Winden  
Herr Klaus Brand Ehr  
Herr Jörg Denninghoff Allendorf  
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein  
Herr Manfred Friesenhahn Weisel  
Frau Erika Fritsche Winden  
Herr Harald Gemmer Eisighofen  
Herr Carsten Göller Eschbach  
Herr Günter Groß Lahnstein  
Herr Werner Groß Lahnstein  
Herr Jens Güllering Kestert  
Herr Bernd Hartmann Gemmerich  
Herr Heinz Keul Fachbach  
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen  
Herr Peter Labonte Lahnstein  
Herr Matthias Lammert Diez  
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein  
Herr Johannes Lauer Lahnstein *(bei TOP I.2, ab 17.15 Uhr)*  
Herr Franz Lehmler Nievern  
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen  
Herr Hans-Wilhelm Lippert Scheidt  
Herr Dennis Maxeiner Dahlheim  
Herr Dietmar Meffert Diez  
Frau Ursula Ohl Altendiez

Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Frau Eva Schmidt	Singhofen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Josef Winkler	Bad Ems
Frau Rita Wolf	Braubach

**D. Es fehlen:**

Herr Matthias Boller	Lahnstein
Herr Karl Peter Bruch	Nastätten
Herr Raimund Friesenhahn	Dahlheim
Herr Hans-Josef Kring	Lykershausen
Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Udo Rau	Nassau

**E. Von der Verwaltung:**

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker  
Herrn Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl  
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze  
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche  
Frau Severin Holl  
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri  
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel  
Herr Referatsleiter Ralf Zimmerschied  
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius  
Frau Abteilungsleiterin Beate Mies  
Herr Rindsfüßer

**F. Schriftführerin:**

Frau Anna Klein

**G. Gäste:**

Herr Baumann, Mitglied des Vorstandes Nassauische Sparkasse (zu TOP 1.2)  
Herr Schlee, Nassauische Sparkasse (zu TOP 1.2)  
Herr Jöckel, Rhein-Lahn-Zeitung (öT)  
Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistags um 17:05 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 08.03.2017 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Informationen des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse
3. Wahlen;
  - a) Nachwahlen in den Jugendhilfeausschuss
  - b) Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Diez
4. Änderung der Satzung und Richtlinien über die Schülerbeförderung im Rhein-Lahn-Kreis
5. Zweckverbandsangelegenheit Tierkörperbeseitigung;  
Auflösung der Gesamthandigentümerschaft
6. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder
7. Einwohnerfragestunde
8. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

### **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

1. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

### **I. Öffentliche Sitzung:**

#### **Punkt 1:**

#### **Genehmigung der Niederschrift**

Der **Vorsitzende** führt bezüglich der Niederschrift vom 10.01.2017 an, dass bei der Wortmeldung von Herrn Güllering auf Seite 6 folgende Änderungen vorgenommen werden sollen: In Satz 1 werde das Wort Vorstandsinitiative durch das Wort Bürgerinitiative ersetzt. Satz 3 und 4 erhalten folgenden Wortlaut: „Er schlägt vor, in einem solchen Fall die kommunalen Kostenanteile durch das Land vorzufinanzieren und diese dann in Abhängigkeit der weiteren Planung zu einem späteren Zeitpunkt abzurechnen. Dieser Vorschlag erfolge als Kompromissvorschlag, um mit dem Projekt insgesamt weiter voranzukommen“.

Gegen die vorgelegten Niederschriften der 11. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode vom 12.12.2016 und der 12. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode vom 10.01.2017 werden keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen und keine Einwendungen erhoben, so dass die Niederschriften einstimmig unter Berücksichtigung der ange-

fürten Änderungen genehmigt werden.

## **Punkt 2:**

### **Informationen des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse**

Der **Vorsitzende** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Baumann, Mitglied des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse, sowie Herrn Schlee von der Nassauischen Sparkasse.

Er bittet Herrn **Baumann** um Informationen und übergibt ihm das Wort.

Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt (*Anlage*).

Herr **Göller** bedankt sich bei Herrn Baumann für die Informationen. Er erkundigt sich nach den Konditionen bei der Kreditvergabe, da insbesondere auch junge Familien im Kreis unterstützt werden sollten.

Bezüglich der Kontenversorgung für Vereine fragt er für Vereine, die steuerlich anerkannt seien an, ob es eine Art „Vereinskonto“ gebe, da für Einzahlungen ansonsten Gebühren anfielen.

Herr **Baumann** führt aus, dass in der Region Rhein-Lahn keine schlechteren Konditionen als woanders vorliegen würden. Es gebe eine Kreditrahmenrichtlinie. Der Satz ergebe sich aus den individuellen Gegebenheiten wie beispielsweise Einkünften, Eigenkapital und Wert der Immobilie. Die Frage zu Vereinskonto müsse er prüfen.

Herr **Lenz** merkt an, bei dem Parteikonto würden keine Gebühren erhoben. Er erkundigt sich, ob es gebührenfreie Konten für Menschen mit geringem Einkommen gebe. Bezüglich der Einzahlungsgebühren merkt er an, dass diese pro Einzahlung und nicht nach der Höhe der Einzahlung erhoben würden.

Herr **Baumann** erläutert, dass ab einem bestimmten Einzahlungsbetrag eine Einzahlung am Automaten nicht möglich sei. Bei der Gebührenerhebung gehe es um Kostendeckung. Zur Umstellung auf Automaten führt er aus, dass dies mit der Frage der Wirtschaftlichkeit zu tun habe. Man sei bemüht, auch in der Fläche mit entsprechenden Filialen weiter präsent sein zu können.

Herr **Gemmer** erkundigt sich bezüglich der Marktanteile von Direktbanken, was von Herrn Baumann erläutert wird.

Herr **Basibüyük** nimmt Bezug auf eine Interessensvertretung von Kunden im Westerwald.

Hierzu führt Herr **Baumann** an, dass ihm diese Vertretung bisher nicht bekannt sei. Bezüglich möglicher Einzelfälle könne keine Auskunft gegeben werden.

Herr **Lehmler** erkundigt sich, ob sich eine Entwicklung bezüglich der Zinswende abzeichnen.

Herr **Brand** merkt an, dass die Ausstattung lediglich mit Automaten für die älteren Menschen problematisch sei.

Er erkundigt sich nach dem relativen Anteil von Spenden- und Sponsoringleistungen.

Herr **Baumann** führt an, er könne sich nach der Zahl erkundigen.

Frau **Becker** fragt an, ob Negativzinsen für Privatkunden auch im Kreis erwartet würden.

Herr **Baumann** erläutert, dass dies nach heutigem Stand und dem Stand der Diskussionen nicht wahrscheinlich sei. Die Entwicklung müsse abgewartet werden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Baumann für die gegebenen Informationen und die Teilnahme an der Sitzung.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

### **Punkt 3:**

#### **Wahlen;**

##### **a) Nachwahlen in den Jugendhilfeausschuss**

Der Kreistag wählt entsprechend den Wahlvorschlägen im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Personen zu den stellvertretenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses:

Struth, Burkhard, Kestert	Stv. Mitglied für Bittner- Pommerenke, Ulrike	Diak. Werk
Kremer, Matthias, Diez	Stv. Mitglied für Lambrich, Klaus	Par. Wohlfahrtsverband

Die Mitgliedschaft von Frau Beate Mies, Leiterin des Jugendamtes, als ordentliches beratendes Mitglied sowie von Herrn Fuchs, stellvertretender Leiter des Jugendamtes, als stellvertretendes beratendes Mitglied wird zur Kenntnis genommen.

##### **b) Benennung von Mitgliedern in den Anstaltsbeirat der JVA Diez**

Der **Vorsitzende** trägt die Personen vor, die nach Mitteilung der JVA ihre Bereitschaft signalisiert hätten, weiter für den Beirat tätig zu sein.

Er nennt die bisherigen Vorschläge der vertretenen politischen Gruppen und fragt bei der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie bei Herrn Lenz noch bezüglich eines Vorschlages an.

Herr **Winkler** benennt Herrn Jansing als Vorschlag.

Herr **Lenz** führt an, es werde keine Person gemeldet.

Der Kreistag beschließt entsprechend den Wahlvorschlägen im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig die folgenden Personen als Mitglieder des Anstaltsbeirats der Justizvollzugsanstalt (JVA) Diez für die am 01.08.2017 beginnende Amtszeit vorzuschlagen:

Vorschlag von:	Name:	Vorname:
SPD	Mäncher	Gabriele
CDU	Schuler	Konrad
FWG	Kaltheier	Brigitte
Bündnis 90/ Die Grünen	Jansing	Carsten
LKR	Moll	Klaus
FDP	Scholtz	Stefan

#### **Punkt 4:**

#### **Änderung der Satzung und Richtlinien über die Schülerbeförderung im Rhein-Lahn-Kreis**

Der **Vorsitzende** weist hier auf den Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses vom 06.03.2017 hin sowie auf die beigefügte Aufstellung der Wahlschulen.

Frau **Becker** merkt an, dass sie den Systemwechsel nicht für korrekt halte. Der Kreis halte sich an die Vorgaben des Landkreistages. Im Urteil seien die Schüler bessergestellt worden, allerdings führe der Systemwechsel dazu, dass Privatschulen hier benachteiligt würden.

Herr **Göller** führt aus, er werde zustimmen. Es gehe nicht um die Frage ob es sich um eine private oder öffentliche Schule handele, sondern welches Bildungsangebot vorliege.

Herr **Lenz** schließt sich der Aussage von Herrn Göller an. Er werde sich bei der Abstimmung enthalten, da der Schülerverkehr kostenlos sein sollte.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung die Satzung und die Richtlinien des Rhein-Lahn-Kreises über die Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2017/ 2018 in den der Sitzungsvorlage vom 10.03.2017 beigefügten Fassungen.

### **Punkt 5:**

#### **Zweckverbandsangelegenheit Tierkörperbeseitigung; Auflösung der Gesamthandigentümerschaft**

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Das Gesamthandigentum an den in § 6 Abs. 2 Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG) vom 19.08.2014 (GVBl. S. 191-7831.1) näher bezeichneten Grundstücken wird aufgelöst.
2. Das Eigentum an den in § 6 Abs. 2 AGTierNebG näher bezeichneten Grundstücken wird auf den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte kostenfrei übertragen.
3. Der Kreistag stimmt vorbehaltlich einer Einigung des Altlastenzweckverbandes mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften des Saarlandes über eine Mitgliedschaft im Altlastenzweckverband deren Aufnahme zu.

### **Punkt 6:**

#### **Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zur Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplan für das Jahr 2017**

Der **Vorsitzende** informiert über die von der Aufsichtsbehörde in der Genehmigung zum Haushalt 2017 ausgesprochene Auflage, 348 T€ im Haushaltsvollzug bei den freiwilligen Leistungen einzusparen. Grund hierfür sei die Senkung der Kreisumlage um 0,3 Prozentpunkte. Gegen die Einsparauflage sei fristgerecht Widerspruch eingelegt worden; der Kreisausschuss wurde hierüber in der letzten Sitzung informiert. Zwischenzeitlich habe es einen Gesprächstermin mit der ADD gegeben, in welchem die vom Kreis bisher erbrachten enormen Sparleistungen und die Notwendigkeit der Durchführung von Maßnahmen im Straßenbau und an Gebäuden zur Erhaltung des Kreisvermögens sehr deutlich dargelegt wurden, die ADD aber weiter an der Auflage festhalte.

Da die Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen zu erfolgen hätten, könnten Einsparungen lediglich im Straßenbauprogramm für Kleinmaßnahmen mit einem Ansatz in Höhe von 300 T€ oder bei der Sanierung der Turnhallen erfolgen. Bei weiteren freiwilligen Leistungen lägen Verträge mit Verpflichtungen gegenüber Dritten vor, sodass hier zeitnah nichts umsetzbar sei. Im Bereich des Straßenbaus würde der dort angesetzte Betrag für Kleinmaßnahmen selbst nicht ausreichen, um die Einsparvorgaben zu erfüllen, so dass eine zeitliche Verschiebung der Sanierung der Schulturnhalle in Katzenelnbogen ins Blickfeld komme.

Herr **Lammert** erkundigt sich bezüglich der weiteren Verfahrensweise.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass nunmehr der zunächst fristwährend eingelegte Widerspruch durch die Verwaltung begründet werde und anschließend seitens der ADD ein Widerspruchsbescheid zu erlassen sei.

Herr **Lammert** betont, dass der Haushalt zum wiederholten Male ausgeglichen sei und der Kreis die Vorgaben beim Schuldenabbau erfülle. Die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene Politik zu machen, würde durch die Einsparvorgaben eingeschränkt.

Herr **Hartmann** merkt an, dass überlegt werden solle, ob nach einem Widerspruchsverfahren möglicherweise weiter gegen eine Entscheidung vorgegangen werden solle.

Herr **Göller** führt aus, dass in anderen Kreisen die Umlage wieder erhöht worden sei.

Herr **Lenz** betont, dass er sich seinerzeit gegen eine Umlagesenkung ausgesprochen habe.

Herr **Winkler** führt an, dass die Entscheidung der ADD keine Überraschung sei. Es stelle sich die Frage, inwieweit ein weiteres Vorgehen überhaupt Erfolg verspreche. Er spreche sich nicht für eine Einsparung bei den Schulen aus, allerdings auch nicht bei den Straßenbaumaßnahmen. Es sei auch zu berücksichtigen, dass die Sanierung einer Halle in diesem Jahr nicht mehr umsetzbar sei, da die Ausschreibungen für die Baumaßnahmen dann schon hätten erfolgt sein müssen. Grundsätzlich werde sich bei einer Entscheidung zwischen Einsparungen im Bereich der Kreisstraßen und der Schulen gegen eine gänzliche Einsparung bei den Schulen ausgesprochen. Wenn dies im kommenden Jahr wieder gelten würde, würde sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dann auch für eine Einsparung im Bereich der Kreisstraßen aussprechen.

Herr **Sacher** merkt an, dass es hier um die Substanzerhaltung gehe.

Herr **Göller** betont, dass mit einer Verschuldung gegen Haushaltsrecht verstoßen werde. Die ADD sei Aufsichtsbehörde, weshalb es sich nicht um eine politische Entscheidung handele. Es sollte die Begründung des Widerspruchsbescheides abgewartet werden.

Herr **Brand** führt an, es habe allerdings auch schon Haushalte mit schlechterem Ergebnis ohne weitergehende Beanstandung gegeben. Er erkundigt sich, ob mit der Aufschiebung einer Hallensanierung die Vorgaben erfüllt würden. Er spricht sich dagegen aus, an den Straßenbaumaßnahmen zu sparen. Wenn die Hallensanierung in diesem Jahr nicht mehr umsetzbar sei, seien die Einsparvorgaben hier erfüllt.

Herr **Lenz** erkundigt sich nach der Höhe möglicher Gerichtskosten.

Der **Vorsitzende** führt an, dies müsse geprüft werden.

Herr **Gemmer** merkt an, hier sei das Budgetrecht des Kreistages betroffen.

Herr **Lammert** erkundigt sich nach dem Sachstand zur Verteilung der Integrationspauschale.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass hier zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage für die Gremien vorbereitet werde.

Herr **Lenz** erkundigt sich, ob ein Antrag gegen einen Eingriff in das Budgetrecht gestellt werden könne.

Der **Vorsitzende** führt an, dass auch im Hinblick auf mögliche Kosten weitere Schritte zu gegebener Zeit sorgfältig zu überlegen seien. Er spricht sich für den Vorschlag von Herrn Göller aus, die Begründung des Widerspruchsbescheides abzuwarten.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

### **Punkt 7**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

### **Punkt 8:**

#### **Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes**

Es liegen *keine* Mitteilungen vor.

## **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 13. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode um 18.35 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

gez.

(Frank Puchtler)  
Landrat

**Die Schriftführerin:**

gez.

(Anna Klein)